

Gleichstellungsbeauftragte positionieren sich gegen Rechtspopulismus

07.06.2018 11:59

Bad Segeberg, 04.06. 2018 / Auf der Vollversammlung der LAG der hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten in Bad Segeberg hat Rachel Spicker (Amadeu Antonio Stiftung Berlin) einen Vortrag zum Thema „Umgang mit Rechtspopulismus in der Gleichstellungsarbeit“ vor einem Publikum von ca. 50 kommunalen Gleichstellungsbeauftragten und Besucherinnen gehalten.

Feministische und frauenpolitische Bewegungen und somit auch die Gleichstellungsarbeit rücken neben der Flüchtlingspolitik vermehrt ins Zentrum rechtsextremer und neo- konservativer Kräfte. Sie wollen ein stereotypes „traditionelles“ Bild von Mann- und Frausein und von Familie festschreiben und andere diverse Lebensentwürfe zurück drängen. Mit Scheinargumenten stellen sie das Eintreten für Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt als eine gefährliche Ideologie dar.

In ihrem Vortrag informierte Rachel Spicker über antifeministische Akteurinnen und ihre Strategien und legte einen Schwerpunkt auf konkrete Handlungsmöglichkeiten und Umgangsstrategien für die Gleichstellungsarbeit:

Im Rechtspopulismus finden viele unterschiedliche Strömungen wie z.B. fundamentalistische christliche Kreise, neurechte Medien, Männerrechts- und Väterbewegungen, politische Parteien und die Identitäre Bewegung eine Schnittmenge. Mit vereinfachten Aussagen und einseitig dargestellten Sachverhalten finden sie Resonanz und Zustimmung in größer werdenden Teilen unserer Gesellschaft. „Eine Strategie des Rechtspopulismus ist, sich als eine konservative Rebellion gegen eine zu freie und zu liberale Gesellschaft zu inszenieren und daraus politisches Kapital zu schlagen. Die freie Meinungsäußerung in unserer Gesellschaft wird infrage gestellt und gleichzeitig genutzt, um menschenverachtende, rassistische, homophobe und frauenfeindliche Positionen gesellschaftsfähig zu machen“ sagt Tinka Frahm (Sprecherin der LAG kommunaler Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten)

„Bei der Kommunalwahl im Mai 2018 hat die als rechtspopulistisch geltende AfD 48 Sitze in 16 Kommunalparlamenten in Schleswig-Holstein (Kreistagen, Ratsversammlungen, Bürgerschaften und Gemeinden) erzielt“, berichtet Svenja Gruber (Sprecherin der LAG kommunaler Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten)

„Im Programm des Landesverbandes Schleswig-Holstein der AfD wird z.B. Gender Mainstreaming als „ideologische Bevormundung wider die Natur“ betitelt und die Frauenquote kategorisch abgelehnt. Die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten hält die AfD für überflüssig, stattdessen sollen „Familienbeauftragte“ bestellt werden – natürlich fragen wir uns da, was das für die Gleichstellungsarbeit in den Kommunen bedeutet“, führt Tinka Frahm aus.

„Die Erfahrungen in den anderen Bundesländern haben gezeigt, dass die Gleichstellungsarbeit immer häufiger Ziel von Angriffen geworden ist. Zum Beispiel durch eine Vielzahl von Anträgen, die die Arbeit in Frage stellen, Stellen abschaffen sollen und viel Zeit in der Beantwortung binden“, ergänzt Svenja Gruber.

Die Referentin Rachel Spicker (Amadeu Antonio Stiftung) verdeutlicht: „Der Anstieg und die Verschärfung einer antifeministischen und frauenverachtenden gesellschaftlichen Stimmung, Anfeindungen von Gleichstellungspolitiken und Gegendiskurse zu Antidiskriminierungspolitiken müssen im Blick behalten werden und als das bezeichnet werden, was sie sind: antidemokratisch. Das bedeutet auch, diesen Anfeindungen zu widersprechen und sich eindeutig zu positionieren. Geschlechtergerechtigkeit ist ein demokratisches Gut, welches nicht verhandelbar ist.“

„Wir, die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten stehen für geschlechtergerechte demokratische Prinzipien und setzen uns für die reale Teilhabe von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen ein. Wir wehren uns gegen Diskriminierung und Abgrenzung von Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Hautfarbe oder sexuellen Orientierung“, bekräftigt Beate Mönkedieck (Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Bad Segeberg).

Pressekontakt: Birgit Pfennig

Geschäftsstelle der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in Schleswig- Holstein

Walkerdamm 1,

24103 Kiel; Tel.: 0431-30034721;

geschaeftsstelle@gleichstellung-sh.de